

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 114 (1988)
Heft: 9

Artikel: Revolution im Bundeshaus
Autor: Hofer, Bruno
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-602224>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Revolution im Bundeshaus

Von Bruno Hofer

Die Lohnerhöhung für die Ratsmitglieder ging schlank über die Bühne. Wer von den Damen und Herren Volksvertreterinnen und -vertretern hätte gegen dieses Projekt die Stimme zu erheben gewagt? Zudem durchlief

Das Bundesparlament will sich die grösste Erhöhung seiner finanziellen Entschädigung seit Bestehen beschreiben. Im Durchschnitt soll jedes Ratsmitglied rund 51 000 Franken (+ Spesen) im Jahr erhalten. Ein kleiner Blick in die Zukunft zeigt, welche Revolution dadurch ausgelöst wird.

die Angelegenheit derart rasch die Instanzen, dass niemand zum Referendum rüsten konnte. Doch kaum war die Erhöhung beschlossen, da trat eine sonderbare Erscheinung auf: Es brach ein Flugjahr für blaue Briefe an. Absender: Ratsmitglieder. Adressen: Die Arbeitgeber der Ratsmitglieder. Kein Zweifel: Kündigungen. Alle wollten nur noch ausschliesslich im Parlament tätig sein.

Blaue Briefe en masse

Zuerst kündigte ein hoher Verbandsfunktionär mit buschigen Augenbrauen, dessen Treue bereits in der Stimme mitschwang; ein jahrelanger Diener, ein ehrlicher Makler, ein Vermittler zwischen Falken und Tauben. Der brüskierten Verbandsspitze blieb nur der Katzenjammer. «Wir haben ihm doch all die Jahre jede Wahlkampagne berappt, haben ihm alles gegeben, was er zur politischen Profilierung brauchte: Zahllose politische Referate haben wir geschrieben, parlamentarische Vorstösse präpariert, Dokumente zugereicht, ihn aufgepäppelt nach Niederlagen, und sogar als Bundesratskandidaten haben wir ihn ins Spiel gebracht. Und jetzt lässt er uns einfach hängen!»

Dann war es jener Parteipräsident einer früher grösseren Partei, der den blauen Brief zuklebte. Auf seinen Rücktritt hatten zwar sogar einige Parteigänger sehnlichst gewartet, doch einzig den Broterwerb, das Parteiamt, legte er nieder. Aus dem Parlament trat er nicht zurück.

Auch jener Privatdozent in der Ostschweiz, der schon jahrelang vergeblich einer Beförderung und einer ordentlichen Professur harrete, tippte frohgemut mitten im Semester einen Kündigungsbrief an jene Professoren der Fakultät, die ihm bislang den Aufstieg versperrt hatten, und teilte mit, er sehe sich «leider aufgrund von mir nicht beeinflussbarer Umstände gezwungen, mein Mandat mit sofortiger Wirkung niederzulegen» und liess sich mit den auf Vorlesungen wartenden Studenten in den Hörsälen sitzen.

Doch all dies machte genausowenig Schlagzeilen wie die Kündigung jenes Volksvertreters, dessen Verwaltungsratsmandate so zahlreich waren, dass es ihm selber unmöglich war, alle 55 Firmennamen im Kopf zu behalten oder auch nur fünf davon in einem Atemzug fehlerfrei auszusprechen. Dem sitzengelassenen Firmeninhaber blieb nunmehr der schwere Rotwein, um das Elend zu ertränken.

Schlagzeilen machte erst die Kündigung jenes ganz berühmten, an sich recht unabhängigen Nationalrats, der in den Diensten eines bekannten Grossverteilers stand. Als dieser seinen blauen Brief abschiedete, da erst begannen die Zeitungen einzusteigen: «Volksvertreter als Aussteiger» schrieb ein nobles Pressezeugnis, während eine auflagenstarke Gazette textete: «Parlamentarier schmeissen Bettel hin!»

Journalisten ratlos

Da hätten sie doch «jahrzehntelang treu in den Sielen ihrer Brotgeber ausgeharrt», formulierte ein ganz bekannter Journalist in einer Zeitung mit blauer Titelschrift, und jetzt seien sie im Begriff, den Arbeitgebern mit ihren Austritten «Sprengstoff vor die Türen zu häufeln».

Kein Zweifel: Der Wechsel vom Miliz zum Berufsparlament, der mit der massiven Erhöhung der finanziellen Entschädigung erfolgt war, hatte offenbar in der Schweiz andere Wirkungen als im Ausland, erneut wird klar: Schweizer Uhren gehen anders.

Auch auf die Medien hatte die Erhöhung der Entschädigungen für die Parlamentarier ihre Wirkung. Kein Ratsmitglied raunte mehr Journalisten sogenannte «vertrauliche Informationen» zu, was sie früher häufig getan hatten, weil sie damit billig den eigenen Standpunkt diskret hinter einer Indiskretion versteckt unters Volk streuen konnten, um auf diese Weise dem eigenen Auftraggeber einen Gefallen zu tun.

Auch wurden die Presseerzeugnisse immer dünner. Denn unter Verschluss gehaltene Berichte wurden nicht mehr vorzeitig publik, es war keiner da, der sie einem Journalisten zu steckte.

Es kündigten noch viele Ratsmitglieder, nämlich alle, die früher in irgendeiner Weise von Drittseite bezahlt im Parlament gesessen hatten. Nichts stimmte mehr. Die Vorstossflut nahm ab. Das Sekretariat, das die Papierflut zu bewältigen hatte, atmete natürlich auf, die Bundesverwaltung aber stöhnte, denn zahlreiche Beamte, die früher ohne Mühe einen Parlamentarier fanden, dem sie einen Text für einen Vorstoss in die Tasche stecken konnten, auf dass er sich profilierte und genau das vom Bundesrat verlange, was der betreffende Beamte ohnehin schon längst im Schilde führte, all jene waren plötzlich völlig hilflos. Die angesprochenen Parlamentarier taten, als verstünden sie nicht, wovon der Gesprächspartner aus der Verwaltung da überhaupt rede.

Neue Berner Spielregeln

Das Berner Spiel funktionierte nicht mehr. Die Lohnerhöhung der Bundesparlamentarier hatte zur Folge, dass die ganze Mechanik völlig durcheinandergeriet. Als beispielsweise die Lobby der professionellen Pilzpflücker versuchte, es den Serviertöchtern in Terrassenrestaurants gleichzutun, um ebenfalls bei an-

dauernden Regenfällen in den Genuss von Schlechtwetterentschädigung aus der Arbeitslosenkasse zu gelangen, da fanden sie keine Hilfe. Kein einziger Parlamentarier hatte ein offenes Ohr.

Auch der von den 55 Firmen ausgesandte Abgesandte, der einen Ersatz für jenen wertvollen Nationalrat suchen musste, dem sie zuvor all die Verwaltungsratsmandate angehängt hatten, kam mit leeren Händen heim. Überall war er abgewiesen worden. Es war eine schwere Zeit für die Plazierung von Verwaltungsratsitzen.

Nur: Seit der Lohnerhöhung ist das Parlament immer bis auf den letzten Platz besetzt. Die Ratsdamen und -herren folgen den Beratungen mit Interesse, votieren fundiert und aus ihren Überzeugungen heraus. Die Wandelhalle wurde – nachdem sie keinerlei Verwendung mehr gefunden hatte als Treffpunkt von Beeinflussungsversuchen aller Art – in eine Bildergalerie umgewandelt.

Der Direktor der Parlaments- und Zentralbibliothek hingegen erlitt bereits kurz nach der Lohnerhöhung der Parlamentarier einen Herzinfarkt und musste vorzeitig pensioniert werden. Er war dem plötzlichen Ansturm der Ratsmitglieder, die sich mit Bücherlesen fundiert auf die verschiedenen Themen vorbereiten wollten, einfach nicht gewachsen.

Parlamentarierparadies

Da auch die Parlamentariergruppen (Tourismusgruppe, Gruppe Bergbevölkerung, Sportgruppe, Fluggruppe, Gewerbegruppe usw.) infolge zahlreicher Austritte aufgelöst werden mussten, fielen die Abendveranstaltungen weg, bei denen Parlamentarier mit neuen Anliegen der hinter diesen Gruppen lauenden Vertretungen konfrontiert worden waren. Neu gegründet wurden dagegen je ein Jassklub pro Fraktion, und jede Session ermittelt seither ein Schachturnier den hellsten aller Köpfe.

Häufig aber sieht man seitdem abends Ratsdamen und Ratsherren beisammen sitzen, im «Bellevue», «Fédéral» oder «Schweizerhof». Sie geniessen das Leben, essen, trinken und plaudern entspannt; Grüne und Schwarze, Freisinnige und Eigensinnige. Und es spricht der Unternehmer mit seiner Sorge um Gewinn und Wachstum angeregt mit dem Grünen, der nur den Schmutz aus dem Kamin wahrnimmt. Es redet die Kulturförderin der Linken mit dem Finanzpolitiker der Rechten. Es wird debattiert über die Parteigrenzen hinweg, angeregt, doch ohne Hektik, sachlich, ohne persönliche Betroffenheit und innere Gehetztheit.

Und während früher sehr häufig ein Parlamentsmitglied einem anderen im Vertrauen offenbarte: «Weisst du, ich bin im Grunde deiner Meinung, aber ich darf dir doch nicht zustimmen», so wurde seit der Lohnerhöhung dieser Satz nie mehr vernommen.